





# Die Verfassung.

Der „Kriegszug gegen Bremen“, um die Rebellion einer eigenmächtigen Regierung gegen die rechtmäßige Verfassung zu brechen, könnte Wasser auf die Mühlen bringen sein, welche die Nationalversammlung in Hannover in Bewegung wollen, den Bund der deutschen Einzelstaaten in einen deutschen Einzelstaat umzuwandeln, in dessen Rahmen der bisherigen Einzelregierungen höchstens die Zeugnisse einer gewissen Selbstverwaltung bliebe. Wir können von diesem Betreben nur sagen: „Führe uns nicht in Versuchung.“ Es mag nach dem verlorenen Kriege verführerisch erscheinen, einen deutschen Einzelstaat auf der Landkarte von Europa erscheinen zu lassen, aber Staatskraft ist es nicht, und volles Verständnis für die deutsche Volkseele findet auch nicht daraus. Von praktischen, finanziellen und anderen Gründen ist dabei ganz abgesehen, die gegen einen deutschen Einzelstaat sprechen.

1870 war die Rede davon, den König Wilhelm I. von Preußen nicht zum deutschen Kaiser, sondern zum Kaiser von Deutschland zu erheben, also die wesentlichen Hoheitsrechte in der Person des Reichsoberhauptes zu konzentrieren. Bismarck war dagegen, um ein Wortbeispiel der Volkswirtschaft in ihren Stammländern und ein Weltgesetzgeben der Rechte der einzelnen Fürsten und ihrer Regierungen zu verbinden. Die Stellung des Königs von Preußen als Kaiser von Deutschland, im Vollbesitz aller Machtbefugnisse, würde eine viel glänzendere gewesen sein, als die des ersten unter den gleichen verbündeten deutschen Fürsten, aber der alte Kaiser Wilhelm und sein Nachfolger würden davon wenig Freude gehabt haben. Es würde ein nicht viel besserer Zustand gewesen sein, als es der ist, den uns die Genette aufzuzeigen will, ein Zustand der Gewalt, nicht des Rechts und der Beschönigung. Und was 1870-71 galt, das gilt auch heute noch, durch die Zerschlagung eines Einzelstaates würden diejenigen deutschen Volksteile vernachlässigt werden, deren Männer 52 Monate im Gefolge gestanden haben. Das ist nicht gerecht. Denn wir hören es ja alle Tage, alle wollen sie Deutsche sein, aber nicht alle unter demselben Berliner Hut.

Wir können aber von einem Berliner Einzelstaatsregiment noch ganz absehen, andere Bedingungen liegen viel näher. Deutschland kann in Zukunft ebenso wenig ein Industriestaat sein, wie es bisher ein solcher gewesen ist. Es würde für uns unerschwinglich sein, wenn wir den Hauptteil unserer Lebensmittel aus dem Ausland beziehen wollten, und für diese ausländische Nahrungsmittel mit deutschen Industrieprodukten zahlen zu wollen, ist eine zweifelhafte Sache. Amerika, der größte Lebensmittellieferant, will seine Fabrikate auf der ganzen Welt absetzen, aber so wenig wie möglich kaufen. Es ist kein Wort davon gesagt, daß die hohen amerikanischen Schätzpreise nach dem Friedensschluß in Vorkauf gelangen sollen, es bleibt, wie es war!

Wir sind also darauf angewiesen, unsere lebenswichtigen Produktion so viel wie möglich zu steigern, und dazu ist es nötig, daß die landwirthschaftlichen und industriellen Gebiete in Frieden und Freundschaft miteinander leben. Das kann nur auf dem Boden vollster Gleichberechtigung geschehen, es darf keine einseitigen Privilegien für einen Theil über den anderen Teil obwalten. Jeder deutsche Bundesstaat muß die Selbstbestimmtheit behalten, auf die er sich eingerichtet hat und die allen Theilen des Reiches auf sich bekommen ist. England und Frankreich sind Einzelstaaten, aber Deutschland ist es nicht, und eine tausendjährige Ueberlieferung, die sich in allen Volksteilen fest erhalten hat, soll nicht über den Haufen geworfen werden, denn viel Lebensfreude und Arbeitslust würde damit verloren gehen. Darum sagen wir, ein einheitliches, deutsches, aber nicht ein einheitliches, deutsches, das letztere ist Aberglaube, und den Luxus von Monarchieverkünften können wir uns nicht gefallen, denn das Auktariat der deutschen Kraft kann dabei zerbrochen werden. Fort mit der Verfassung. Wm.

# Der Gipfel des Wahnsinns.

Sindenburg Arm in Arm mit den Bolschewisten.  
Die englische Wochenchrift „The Globe“ (London) verlegt ihren Lesern folgende Prophezeiung:  
Man muß niemals vergessen, daß der russische Bolschewismus ein Produkt der deutschen Intrige ist und daß seine Führer alle deutsche Agenten sind. Es ist eine Macht, welche in den Händen unserer Feinde liegt, und es ist eine große Gefahr, und sie möchten sie zu unserem Schaden benutzen. Deutschland ist noch immer unser Unglück. Seine Arme ist noch nicht demobilisirt.

Im Gegentheil, unter Sindenburg wird sie an der rüchlichen Front wieder vereintigt und es ist zu fürchten, daß dieser ephemerische und ganz und gar nicht bedeutliche Feldherr hofft, sich mit den bolschewistischen Kräften zu vereinigen, sie zu seinen Zwecken zu gebrauchen. Es sind von hervorragenden Deutschen Winke gegeben worden, daß Deutschland im Osten einen Ertrag für seinen Verlust im Westen suchen muß. Und wenn Sindenburg und die Bolschewistik zusammenkommen, wird der deutsche General nicht die geringsten Schwierigkeiten haben, um die ungeheure russische Arme als Inbegriff der deutschen zu gewinnen.

Die russischen Soldaten würden nach der Vorgehensweise in Indien und sie würden Sindenburg gleich ihren feigen Truppen vorziehen. Man braucht die Gefahr, welche der ganzen Welt und besonders England droht, nicht zu betonen, wenn Deutschlands Pläne, Rußland zu unterwerfen, glücken sollen. Mit dieser ungeheuren Männermacht in der Tasche würde Deutschland einen anderen Befehl bei der Unterwerfung der Welt anschlagen. Bolschewistische Agenten würden unter Deutschlands Schutz gewonnen werden, um in den Ländern, denen es keine Widerstände verdrückt, Intrigue und Unzufriedenheit zu stiften, und in der That und nicht nicht sicher, wo sie nicht schon am Werke sind. Die deutsch-russische Lage ist so bedrohlich, daß wir ganz energisch handeln müssen, wenn wir uns nicht Gefahren gegenüber sehen sollen, denen wir entschäftigt sind.

Die Angst vor Sindenburg, oder vor den Bolschewisten, — vielleicht auch vor beiden — scheint das englische Blatt völlig um den Verstand gebracht zu haben. Welchen Respekt müssen aber diese Kammerfeisten vor Sindenburg gehabt haben, als der Zusammenbruch Deutschlands noch nicht erfolgt war.

# Wir brauchen einen Mann.

Vor dem Tagungsanfang der deutschen Nationalversammlung in Weimar steht das Standbild der beiden Dichtersonnen Goethe und Schiller. Als vor 110 Jahren der Fürstentag in Weimar begann, wurde auch Goethe zum französischen Kaiser Napoleon zum Audienzbesuche. Als der deutsche Poet das Gemach des Kaisers betrat, erwiderte ihm der Kaiser die Worte: „Du kommst ein Mann!“ Von den Mitgliedern der Nationalversammlung kennt wohl kaum einer diesen Ausdruck nicht. Ob aber wohl die Damen und Herren daran denken, daß nicht die Geschäfte folgen wird: „War ein Mann unter ihnen?“

Als vor 70 Jahren die erste deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main tagte, erschienen in ihr Männer, deren Namen in ganzen deutschen Volke populär waren, wie Ernst Moritz Arndt, der Turnvater Jahn, Ludwig Uhland und andere. Sie waren keine genialen Staatsmänner, aber ihre Namen bedeuteten eine Idee, der ganz Deutschland erwiderte, und in Weimar sehen wir achtzigjährige hiesigeanne Männer, aber es soll ein jeder sich die Herzen des Volkes erst erobern, damit es sagen kann: „Das ist ein Mann, ist unser Mann!“

Deutschland ist reich an Parteimännern, es ist arm an überlegenen Staatsmännern. Dem Selbstherrn Sindenburg stand kein gleichzeitiger Kanzler zur Seite. Und wenn einer noch die reichste Energie besessen hätte, aber das Genie fehlte. Auch daran mangelt es. Und die Energie mangelt auch nach der Revolution oft. Die Würde des Volkes werden, da das Genie

nicht über Nacht erscheinen kann, den suchen, der den reiblichen Willen, die Volkswirtschaft zu sichern, mit der nötigen Energie verbindet. Das wird der rechte Mann sein.

Und es sollte nicht einzeln sein, sondern so viel wie möglich. Wir wollen nicht, daß auf deutschem Boden eine Saat von Draufgänger ausgesetzt werde, aus der samtschlafige Männer erwachen, die gegenständiglich tödlich. Die Mitglieder der Nationalversammlung sollen die Arbeitslust und den Respekt vor den Volksgewalten ausüben, die von Umstürzern Deutschlands leiten, vor der Vertreibung, die der Wille der Nation befehlen hat. Wer da den Kauer spielt im Kampfe für erste deutsche Volkshat, der wird sich das Herz des Volkes erobern. Wir haben viele Männer, ihre Parteien zu führen. Wir können nur wünschen den Mann, der das Reich leitet, es wieder stark macht nach innen und nach außen.

# National-Versammlung.

## Präsidentenwahl.

Nachdem in der ersten Sitzung der Nationalversammlung diese sich konstituiert hatte, ging man am Freitag daran, dem Saule das Präsidium zu geben. Der Reichspräsident der Abgeordneten hat vorläufig noch nicht nachgedacht und so erfolgt der Wahlaktus unter voller Beteiligung des Hauses. Vorher gab es aber noch eine Reihe von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die Nationalversammlung, die zur Verlesung gelangten.

Die Wahl vollzog sich in den vorgezeichneten Formen, die aus dem alten Reichstag bekannt sind. Die Schriftführer mit den Urnen durchquerten die Gänge und nahmen in ihnen den Stimmzettel auf. Nach vollendeter Stimmabgabe wurden die Urnen am Präsidiumstisch entleert, die Zettel geprüft und sorgfältig gezählt.

Es hatte schon im alten Reichstag eine Präsidiumswahl mehrere Stunden in Anspruch genommen, so nahm hier, wo verschiedene Meinungen die Sache verlangsamen das Wahlgeschäft noch längere Zeit in Anspruch. Von den 399 abgegebenen Stimmen wurden mit 374 Stimmen der Mehrheitssozialist Dr. David zum Präsidenten gewählt. 22 Zettel waren unbeschrieben (Anabhängige), 3 Stimmen verschriftet.

Dann vollzog sich die Wahl der Vizepräsidenten in den gleichen Formen.

## Dritte Sitzung.

Sonntagabend, den 8. Februar, nachm. 3 Uhr.  
In den Tischen der Reichsregierung und der Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Landsberg, Wissell, Dr. v. Krause, Erzberger, Schiffer, ...

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten.

Es ist eine Reihe weiterer Glückwunschkarten und Telegramme an die Nationalversammlung eingelaufen. Die nationalsozialistische Partei Deutschlands hat unter dem Ausdrück ihres großen Bedauerns, noch nicht an der deutschen Nationalversammlung teilnehmen zu können, dem größeren Deutschland ihre Grüße (lebhafter Beifall): die Angehörigen der republikanischen Soldatenwehr zu Glückwünschen, größtenteils abgedruckte Mannschaften, geben die Versicherung ab, daß sie mit dem Verhalten einiger Soldatenräthe und mit sonstigen radikalen Strömungen nicht einverstanden sind, fordern treu zur Regierung stehen (Beifall); der Kaiser Arbeiter- und Soldatenrat entbietet der Nationalversammlung Glück und Glückwünsche und erwartet von ihr, daß sie sich des hartbedrückten Ostens annehmen und der bolschewistischen Pläne entgegen zu setzen helfen wird (Beifall); keinen Gruß entbietet der Vermählung Joseph Wetterbahn in Frankfurt a. M. (stürmische Beifall).

Das Mittelied Maenner, gewählt im 25. Wahlgang.

# Geben den Bolschewismus im Balkan.

Oben die Lage in den baltischen Provinzen und die damit im Zusammenhang stehende Bekämpfung des Bolschewismus wurde in Spa folgende Note abgegeben:

Die Lage der in den baltischen Provinzen des ehemaligen russischen Reiches gegen die Bolschewisten freundlich freiwilligen deutschen und baltischen Truppen hat sich weiter verschlechtert; die Hafenstadt Windau (nördlich Riga) ist nach hier vordringende Mächten von bolschewistischen Truppen besetzt worden. Gelangt es nicht, die bolschewistische russische Weile bald zum Stehen zu bringen, so brandet sie über die Grenzen nach Deutschland hinein.

Die Allirten haben zu wiederholten Malen von Deutschland die Ueberkämpfung des Bolschewismus gefordert. Dies ist aber nur möglich, wenn den deutschen Truppen alle erforderliche Unterstützung zuteil wird. Hierzu gebührt, daß in gewissem Umfange von See aus Schuß für die Häfen und unter Umständen auch für die Transporte gewährleistet wird.

Angefaßt dieser Lage ist mehrfach über Admiral Browning der Antrag gestellt worden, einige Kriegsschiffe, die infolge des Verfalls des Waffenstillstandsvertrages haben abziehen müssen, wieder beschaffen und in Dienst stellen zu dürfen, um in Alban geringe Streikkräfte ständig stationieren zu können. Diese Anträge sind bisher abgelehnt worden.

Insfolgedessen wird nunmehr der Oberste Kriegsrat der Allirten gebeten, anzuordnen, daß allirte Seestreitkräfte ständigen Aufenthalt in Alban nehmen und gegebenenfalls zum Schuß der Küstenpläne gegen bolschewistische Angriffe mit den Waffen eingreifen, aber von dem bisherigen, durch Admiral Browning abmittelten Standpunkt abzugeben und die Indienststellung geringer deutscher Streitkräfte zuzulassen. Es werden zunächst ein Kreuzer und vier Zerstörer genügen.

Wiederholt ist seitens des allirten Oberkommandos der deutschen Regierung und der deutschen obersten Seestreitkräfte der Vorwurf gemacht worden, Deutschland bekämpfe den Bolschewismus nicht, sondern fördere ihn sogar. Diese Vorwürfe sind stets als nicht den Tatsachen entsprechend energisch zurückgewiesen worden. Der Kampf der deutschen Truppen in den baltischen Ländern erdient dem Beweise für die deutsche Haltung. Durch eine den deutschen Vorschlägen zustimmende Entscheidung würde das allirte Oberkommando zeigen, daß es dem Abwehrkampf, den Deutschland im eigenen und im Interesse der Welt gegen den Bolschewismus führt, praktisch zu unterstützen gewillt ist.

# Es gibt noch ein.

„Da fehlt ein preussischer Interoffizier.“

In den letzten Tagen ist es zu neuen antirussischen Kundgebungen in einigen Bayernen Stadtteilen gekommen. Es fanden wieder Demonstrationsumzüge der Arbeiter statt, die offen deutschfreundlichen Charakter trugen. Auf dem Straßburger Lebensmittelmarkt herrschte ein Durcheinander. Die vorbildliche Rationierung der Lebensmittel, welche die Franzosen nicht begreifen, hat ausgebrochen. Ein Arbeiter wurde verhaftet, weil er ausrief: „Da fehlt ein preussischer Interoffizier, der brüderliche Ordnung in die Wirtschaft!“ — Die Arbeitererschaft ist sehr erdittert, da die Lebensmittel unerschwinglich teuer sind und ihre Löhne weiter gekürzt werden.

Die Flüchtlinge aus dem Elsaß.

Ein großer Flüchtlingenzug, der bisher überaus größte, der von Straßburg gekommen ist und etwa 950 Flüchtlinge enthält, ist in Offenburg eingetroffen. Der Anblick der Flüchtlinge, unter denen sich fleißig und achtzigjährige Greise, alte Frauen und kleine Kinder in großer Zahl befinden, war tief traurig. In Leib und Seele gedrückt, wanderten die Flüchtlinge mit ihrem geringen Gut, das sie mit sich nehmen

durften, nach den ihnen zugewiesenen Quartieren. Die Ausgehenden besaßen sich bitter über das schmerzliche, rigoreuse Verhalten der französischen Behörden, die heimtückische Verleumdungen vor der Weltkraft vornehmen.

Zum ersten Male wurden diese vielfach an und für sich wenig bemittelten Flüchtlinge gequemen, ihre geringen Lebensmittel, die sie bei sich trugen, abzugeben, so daß die meisten in der Kälte der größten Not und dem Hunger preisgegeben waren. Einem Mann wurden seine ganzen Ersparnisse in Höhe von 3000 Mark abgenommen. Die Flüchtlinge werden teils in Offenburg, teils in Baden und Württemberg von Beamten und Verwandten aufgenommen.

Unter deutscher Besetzung war es besser.

Die Zeitung „Rebel National de Lyon“ konstatiert die furchterliche Unordnung, die in den im Frühjahr von den Deutschen besetzten Gebieten seit ihrem Abzuge herrscht. Es fehle alles, und man müsse die Lebensmittel viel teurer als während der deutschen Besetzung bezahlen. In Roubaix, wo der Reis 80 Centime das Kilo gekostet habe, kostet er jetzt, seitdem die Stadt von den Franzosen wieder besetzt worden ist, 3 Franz 10 Centime das Kilo, und der Rasse hat 4 Franz 50 Centime das Kilo 6 Franz für Centime. Man fragt, wozu denn der Sieg genügt habe.

\* Streikende Schüler. Die Schüler der Maschinenbauhalle in Hagen sind in den Ausstand getreten. Ein Schüler, der am Kriege teilgenommen, es zum Leutnant gebracht hatte, wurde zur Rede gestellt, weil er einem Professor an der Unfall, der den Krieg als Sauphann mitgemacht hat, den Schulden Gruß verweigerte. Kurzweil erklärte er, er wolle sich eine solche Unverschämtheit. Die Oberkonferenz beschloß darauf seinen Ausstand. Auf Antrag des Gemeinderates forderte der Schulleiter die Aufhebung des Konferenzbeschlusses. Als die Durchführung der Forderung zurückwies, sind sämtliche Schüler der Unfall in den Ausstand getreten und haben den Schulbesuch eingestellt.



Reise, hat das Mandat niedergelegt.  
Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Staatssekretär Dr. Frey: „Die Schaffung einer Reichsgewalt für das Reich liegt Ihnen ob. Der Entwurf und die Vollmacht zur Ersetzung dieser Reichsgewalt liegt in der Souveränität der Nation. Deutschland wird sein ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Die Förderung der Einheit ist die Förderung der ganzen Nation. „Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben.“ Mit diesen Worten bezeugte einst Heinrich von Gagern die erste verfassunggebende Nationalversammlung des deutschen Volkes in der Paulskirche in Frankfurt. Und wenn Sie, meine Damen und Herren, heute diese Worte wieder hören, so werde ich nicht Sie erfinden darin mit wunderbarer Wiederholung der Erscheinungen angedeutet die Aufgaben, vor denen die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar steht.“

Heute liegt der Beruf dieser Versammlung, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut,

den Willen des souveränen Volkes vertritt, außer jedem Zweifel. (Beifall und Zustimmung.) Demals ist, wie man annahm, namentlich an dem Widerstand der dynamischen Kräfte in Deutschland das Werk der Nationalversammlung in Frankfurt gescheitert. Dieser Widerstand ist durch die Revolution beseitigt. Demals war das Reich bloß ein Traum. Heute haben wir das Reich, haben wir die Verfassung, und es ist durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht aufgelöst, nicht beseitigt, nur seine staatsrechtliche Organisation bedarf der Erneuerung.

Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volke geht nach früherer Vereinheitlichung; ein Drang nicht nur des Geistes, sondern der harten materiellen Notwendigkeit. (Zustimmung.) Will Deutschland wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher:

#### seine Einheit betonen und wahren.

(Sehr richtig!) Aber der Gegenatz dazu lag keineswegs bloß in den Dynastien, es ist eine vielfach gegenwärtige und fruchtbar eigenartige unserer Völker, daß es mit Herz und Seele an den Reichseinigungen, an dem Leben engerer Gemeinschaft hängt. Auch von dem gar nicht hart genug zu betonenden Standpunkt der Reichseinigkeit aus wäre es doch verfehlt, diesen Trieb und Drang lediglich zu ähnen zu wollen. (Sehr richtig!) Aber einfügen müssen sich alle in die Bedingungen der Größe und Größe unseres gesamten deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) So weit es irgendwie möglich ist, soll jede Maßnahmen zur Vermeidung veräußert werden.

Aber an letzten Ende darf die Lebensnotwendigkeit der Gesamtheit seinen Schaden leiden. (Sehr richtig!) Das ist aber ein schwieriger, zeitraubendes Werk. Darauf zu warten, bis die Fülle der fruchtigen Fragen so oder so gelöst ist, ist nicht möglich, wenn das Günstige und Notwendige geschehen soll, nämlich so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung zu gründen, die im Innern Deutschlands eine sanktionierte Gewalt ausüben kann, und die dem Ausland gegenüber über jeden Zweifel erhaben berechtigt ist im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Aus dieser Erkenntnis heraus ist der Entwurf der Befestigung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen.

Er ist ein Kompromißentwurf, so kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Die schwierigen Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reichs- und Einzelstaaten müssen hier ausgeglichen werden. Die Nachsichtigung dafür war die Nationalversammlung, jetzt dem Zusammentritt der Nationalversammlung ihr einen Einwurf vorlegen zu können, von dem man sich vorher versichert hatte, daß er bei der welt überlegenen Mehrheit der bisherigen Einzelstaaten einen unüberwindlichen Widerstand erfahren würde. Die Nationalversammlung ist als Vertreterin des souveränen Volkes auch in ihrer Tätigkeit souverän. Sie hat von sich aus mit niemand zu vereinbaren, sondern hat zu beschließen, aber sie hat selbstverständlich das Recht und die Pflicht, diese Souveränität selbst zu beschränken. (Sehr richtig!)

Der Redner begründet dann den Entwurf im Einzelnen und schließt: Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht anders sein kann, war das, was vorgeschlagen wird, weiten Teilen nicht gefallen, dem einen zu viel, dem anderen zu wenig geben. Das kann nicht anders sein, aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarheit, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringsten Widerstandes dem neuauftretenden deutschen Reiche so schnell wie möglich eine anerkannte Regierung zu geben.

### Zur Lage.

#### Wolle Kraft gegen die Polen.

Katholiken müssen nichts gegen einen Gegner, der durch den Nationalismus zur lebensfähigsten Minderheitslosigkeit aufgelaufen wird. So steht es jetzt in Polen, und die Raubheit der deutschen Regierung, die auf Verhandlungen und Einigungsversuchen rechnet, hat die Polen zu dieser fanatischen Stimmung gebracht. Zeit, Menschen und Geld gehen verloren, die Grenzschiffe werden, und unter Umständen wird verbrannt. Wenn zwei Armeekorps unter den Waffen gehalten und nach Polen geschickt wären, war der ganze Spunt ohne viel Geschrei in 8 Tagen aus. Wir müssen unerschrocken zeigen, daß der Deutsche Herr in seinen Grenzen ist und niemand sonst. Handeln, nicht fragen. Wer fragt, bekommt erst Antworten, Handeln bedeutet vollkommene Tatsachen.

#### Heeresverteilung und Hofkassen.

Von der Heeresverwaltung sind beträchtlich große Mengen von Pferden hergegeben worden, teils zur Verwendung in der Landwirtschaft und in gewerblichen Betrieben, teils im Interesse der Volksernäh-

rung. Die Zahl der Hofkassenbetriebe hat sich seit der Demobilisation bedeutend vermehrt, und ungeachtet dieses ist von ihnen größere Abzehrung gegen die Fleischkurie. Besonders die Kurie ist vielfach eine wahre Fleckkassette geworden, die zu mäßigen Preisen abgeben wird. Im Handel mit Pferden für wirtschaftliche Zwecke scheint indessen die billige Vergabe der Tiere vergessen zu sein, sie sind aufgelaufen, und die Preise ziehen bedeutend an. Das ist nicht die Absicht der Heeresverwaltung gewesen, daß sich ein Pferdehandel als neues Kriegsgewinngeschäft ausbilde. Es wird damit auch die Volksernährung wieder benachteiligt werden, die es doch gewiß nötig hat.

Die Wiener Christlich-Sozialen gegen ein leer vorrückendes Deutschland. Der christlich-sozialen Wiener Landtagsabgeordneter Dr. Sebel erklärte mit allem Nachdruck: Sollte die Gefahr bestehen, daß das deutsche Volk eine auf Terror aufgebaute Republik und die Bildung einer Partei oder Klasse bekommt, dann darf uns nichts veranlassen, in dieses Deutschland einzutreten. Deutsch-Oesterreich und Wien in eine hohlechristliche Republik hineinzuführen, wäre unehrlicher Landes- und Volkverrat.

#### Die Hinrichtung der Großfürsten.

Der „Times“ wird aus Sankt Petersburg gemeldet, daß die Hinrichtung der vier russischen Großfürsten am 28. Januar auf dem inneren Hof des Gefängnisses von Deriabinsk, einer Vorstadt von Petersburg, stattgefunden. Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewikern gefangen wurden, an der sogenannten „russisch-französischen Organisation“ teilgenommen zu haben.

Alle Großfürsten hatten wiederholt, Großfürst Nikolai Michailowitsch war so krank und durch Hunger geschwächt, daß er auf einer Erholungsreise auf den Hof gebracht und in dieser Lage erschossen werden mußte.

#### Belagerungsstand in Kiel.

Leber Kiel ist am Freitagabend um 6 Uhr der Belagerungsstand verhängt worden. Die Straßen in der Umgebung des Gewerkschaftshauses wurden schon am frühen Nachmittag gesperrt. Gouverneur Garbe verurteilte das Vorgehen der Spartakisten, die sich mit Waffen versehen und sonstigen Munition begangen haben, aus schärfste und fordert Herausgabe der Waffen. Die Entlassung der Sicherheitsstruppen lehnt er entschieden ab mit der Begründung, daß diese Leute den Sicherheitsdienst bereits vier Monate hindurch in einer handgreiflichen Weise versehen haben. Der Kampf ist wieder geschlossen. Die Stadt ist jetzt in der Gewalt der Sicherheitsstruppen, die bedeutend verstärkt worden sind und in starken Patrouillen die Straßen durchziehen. Die Hochbrücken über den Kaiser-Wilhelm-Kanal in Ebsenau und Soltanau, die von Spartakisten besetzt waren, sind wieder frei. Die Macht der Spartakisten scheint in Kiel gebrochen zu sein.

#### Große Vieherkrankheit auf der Eisenbahn.

Daß durch die überaus drückende Abgabe von Lokomotiven und Eisenbahnmotoren an unsere Feinde die Verkehrsverhältnisse im Güterverkehr von Woche zu Woche schlechter werden, ist der wohlbedachte Wunsch der Entente; daß sie aber damit auch die Ernährung des hungernden deutschen Volkes noch mehr erschweren, auch immer wieder der Besorgnis, insbesondere auch dem seelischen und materiellen Zustand gegenüber herangezogen werden, so sind z. B. die Viehstadien seit Wochen immer jähmiger geworden. Die Tiere stehen vor dem Verdragen auf den Wägen, bis die Bahnverwaltungen nicht in der Lage sind, für rechtzeitige Wagenentladung zu sorgen. Infolgedessen erkranken die Tiere schon vor der Beladung und sterben dann bei der überaus langsamen Befrachtung bis zu dem Ausladen in nicht geringer Zahl. Die Folge ist, daß der Viehbestand immer mehr Vieh zungangsweise entleert werden muß, und daß das Gewicht der Tiere, weil älteres Vieh überhaupt nicht mehr zur Verfügung steht, immer leichter wird.

Wie wir hören, hat eine deutsche amerikanische, englische und französische Kommission die Aufgabe, sich die Fleischversorgung der deutschen Bevölkerung anzusehen. Es erscheint notwendig, daß man dieser Kommission vor allem unsere zusammengehörigen Beförderungsverhältnisse zeigt, dann wird die Wichtigkeit eine der Ursachen für die Ernährungslage in den großen Städten und Industriebezirken begreifen.

#### Nevenbach der kommende Präsident.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Präsident der Nationalversammlung sofort nach der Annahme des provisorischen Verfassungsgesetzes sein Amt niederlegen, weil sonst drei Präsidentenstellen (Reichspräsident, Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung) allein in den Händen der Wehrheitssozialisten liegen würden.

Dem Vernehmen nach wird der Zentrumsabgeordnete Nevenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt werden.

#### Die Nationalversammlungen der Bundesstaaten.

Die preussische Regierung beabsichtigt, die Nationalversammlung für Preußen Anfang März nach Berlin einzuberufen; man nimmt an, daß die deutsche Nationalversammlung bis dahin den Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt und den Entwurf über die künftige Reichsverfassung verabschiedet haben wird. Auch die Nationalversammlungen der übrigen Bundesstaaten sollen in März zusammentreten.

#### Reuter zufolge reist in England.

Reuter zufolge reist die Arbeit auf den Schiffswerken am Clyde. Die Streikenden erklärten, sie seien seit entschlossen, den Streik solange fortzusetzen, bis die 40stündige Arbeitswoche eingeführt sei.

Wie verlautet, sind Befehle ausgestellt worden, um die Wehrkraft der Streikführer in Belfast zu verhaften, aber die Behörden warteten noch mit der Ausführung der Befehle, um die größte Möglichkeit für die Wiederherstellung des öffentlichen Dienstes zu bieten.

#### Beobacht die Blockade anfruchtbarer wird.

Während die Entente streng die Ein- und Ausfuhr durch die Blockade verhindert, müßt sie inzwischen die Zeit, um die ausländischen Märkte in Besitz zu nehmen; sie geht dabei mit größter Eile nach Schweden, Dänemark und Holland müssen ihren Seeverkehr mit Deutschland und der Kontrolle der von den Verbänden an ermanen Ausfuhr unternehmen. Deutschlands Schiffverkehr nach Schweden, bei dem Kisten, Stahl und Salz in erster Reihe in Betracht kommen, ist durch den Umstand behindert, daß die Entente, obgleich sie gegen die Zufuhr dieser Artikel nichts einwendet, deutsche Schiffe mit der Kaperei bedroht.

Die Ausfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten von Deutschland nach den neutralen Ländern ist von der Entente verboten. Was die Ausfuhr aus den neutralen Ländern nach Deutschland angeht, so ist dieselbe von der Entente den unglücklichsten Umständen unterworfen worden. Sie fordert Geleitscheine und verfährt mit der Absicht, den deutschen Verkehr auf jede Art zu hindern.

Daß dieses Verfahren zum Ziel hat, die neutralen Märkte in Besitz zu nehmen, bevor der deutsche Handel sich erholen kann, geht aus dem Umstand hervor, daß Amerika bereits für 300 Tausend das Ausfuerverbot aufgehoben hat, welchem Beispiel England und Frankreich gefolgt sind. Die skandinavischen Länder und Holland sind mit Agenten aus Amerika, England und Frankreich überschwemmt.

#### Schlechte Kohlenverfügung.

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung schreibt: Die Nachricht von der Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien berechtigt leider nicht zu der Hoffnung, daß sich die Kohlenversorgung Deutschlands nunmehr alsbald bessern werde. Die durch die umfangreiche Abgabe von Lokomotiven an die Entente hervorgerufenen Transportverhältnisse machen sich in allen Kohlenrevieren immer mehr fühlbar.

Dies zeigen folgende Zahlen aus den beiden größten Steinkohlenrevieren. Während am Montag, den 2. ds. Mts., im rheinisch-westfälischen Bezirk die Eisenbahngestellung die im Vergleich zur letzten Woche günstige Ziffer von 18160 Wagen aufwies, ist sie im Laufe der Woche bis auf 12560 am Freitag, den 7. ds. Monats, zurückgegangen. In Oberschlesien ist eine Abnahme von 4568 Eisenbahnwagen am Montag, 30. d. Mts., im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Tagen während des Krieges haben die Wagenbefehlsgestellung für Weiskalen etwa 25000, für Oberschlesien etwa 12000 täglich betragen.

Ausfuhr auf baldige Besserung der Transportverhältnisse besteht zurzeit nicht.

### Wann kommen die Kriegsgefangenen?

In einer der letzten Sitzungen der Interalliierten Waffenstillstandskommission in Spa hat General von Hammerstein, der neue Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, den General Rubant, eine Sitzung der Interkommission für Kriegsgefangene einzuberufen, um zwei Vertretern der Interkommission zum Zweck der deutschen Kriegs- und Kriegsgefangenen zu ermöglichen, der feindlichen Interkommission die Wünsche der deutschen Bevölkerung vorzutragen.

Rubant lehnte diesen Vorschlag unter der Begründung ab, daß die Interkommission für Kriegsgefangene in seiner Weise ermächtigt sei, solche Wünsche entgegenzunehmen, da sie nur ein ausführendes Organ darstelle. Er erklärte sich nur bereit, alle Mitteilungen durch den deutschen Vorsitzenden entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

General v. Hammerstein bedauerte diese Erklärung sehr, betonte, daß die Vertreter des Rotenbundes nur die Stimmen und Wünsche des deutschen Volkes zur Kenntnis der alliierten Mächte bringen wollten. General Rubant erwiderte, daß ihm schon häufig solche Wünsche übermittelt worden seien. Er könne nur wiederholen, daß die Alliierten auf ihrem Standpunkt beharren, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen erst auf der Friedenskonferenz zu regeln.

General v. Hammerstein erwiderte, dies sei wohl der Reichsstandpunkt, doch hoffe er, daß von den Alliierten aus Gründen der Menschlichkeit die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen schon vor Beginn der Friedensverhandlungen erzwungen werde. General Rubant erklärte nochmals, er sei bereit, eine erneute Bitte des deutschen Vorsitzenden wegen der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen den verbündeten Mächtern zu übermitteln.

### Gerichtliches.

Der Matrose mit den Tausendmarktscheinen. Eine Diebesgeschichte, die wahrscheinlich niemals ganz aufgelklärt werden wird, beschäftigte eine Berliner Strafammer. Wegen Diebstahls war die schon vielfach vorbestrafte ledige Maria Wastan angeklagt. Die Angeklagte hatte eines Tages in einem Nachtlokal der Friedrichstraße einen Matrosen kennengelernt, der sich Krausinski nannte. Beide besaßen verschiedene Weinstöcke, wobei der Matrose, der eine mit Tausendmarktscheinen gefüllte Brieftasche und mehrere wertvolle Brillen besaß, viel Geld ausgab. Der Matrose erzählte, daß er zu der Beladung des Schiffes gehört habe und dabei ganz auf die Kosten gekommen sei.

Die Angeklagte behauptete, daß ihr der Matrose erst 700 Mark und dann noch einen Tausendmarktschein sowie die Brillantringe geschenkt habe. Auf die Anzeige einer neidischen Freundin hin wurde sie einige Tage später unter dem Verdacht, Geld und Ringe dem betrunkenen Matrosen gestohlen zu haben, verhaftet. In der Verhandlung war der besoffene Matrose nicht erschienen. Der Verteidiger beantragte die Festhaltung der Angeklagten, da der Name richtig sei, wahrscheinlich aus guten Gründen niemals vor Gericht erscheinen werde, um unangenehme Fragen über die Herkunft des Geldes aus dem Wege zu gehen. Die Angeklagte, daß die Angeklagte das Geld geschenkt erhalten habe, sei nicht unglücklich. — Das Gericht gab diesem Antrag statt.



